

Bericht
des Sicherheitsausschusses
über
die Stärkung des Bundesheers für Aufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise

[L-2014-9359/20-XXVIII,
miterledigt [Beilage 80/2016](#)]

Im Dezember 2014 wurde von der österreichischen Bundesregierung das Strukturpaket ÖBH 2018 präsentiert und seitdem jährlich 200 Mio. Euro im Ressort eingespart. Dies wurde auf die damaligen einsatzwahrscheinlichen Aufgaben des Bundesheers abgestellt.

Im Jahr 2016 ist für die Landesverteidigung nur noch ein Budget von 1,938 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind nicht einmal 0,6 Prozent des BIP, womit Österreich sogar Luxemburg als das EU-Land mit den geringsten Militärausgaben abgelöst hat.

Seit der Einführung des Strukturpakets hat sich aber die sicherheitspolitische Lage deutlich geändert. Der Konflikt in der Ukraine zeigt, dass militärische Kampfhandlungen in der Nähe der EU-Außengrenzen nicht auszuschließen sind. Die terroristischen Anschläge in Frankreich und die fehlgeschlagenen Anschläge in der Silvesternacht in sechs europäischen Großstädten, darunter auch Wien und München, sowie die nicht enden wollenden Flüchtlingsströme stellen die österreichische Sicherheitspolitik vor neue Herausforderungen. Vor allem bei der Grenzsicherung werden dem österreichischen Bundesheer wesentliche sicherheitspolizeiliche Assistenzaufgaben zukommen.

Mit dem Bundesministerium für Inneres wurde vorerst eine Obergrenze von 2.200 Soldaten für den Assistenzeinsatz vereinbart. Im Einsatz sind bis jetzt nur 1.500 Berufssoldaten. Die Heranziehung von Grundwehrdienern (als auch Milizkräften) für den Grenzeinsatz schloss der scheidende Verteidigungsminister dezidiert aus. Dies stellt das System der Wehrpflicht in Frage.

Den Großteil der österreichischen Soldaten stellen Grundwehrdiener, welche ein gewaltiges nicht genutztes Potenzial darstellen. Wichtig ist eine auf die aktuelle Krisenlage zugeschnittene Ausbildung unserer Soldaten mit funktionierenden, zeitgemäßen Fahrzeugen und Ausrüstungsgerätschaften. Das Bundesheer muss an die veränderten Bedingungen angepasst werden.

In Oberösterreich drohen wichtige Einrichtungen geschlossen zu werden. Mehrere Beispiele der letzten Jahre zeigen, dass die Verkaufserlöse hinter den Erwartungen zurückblieben und wichtige Gerätschaften und Werkzeuge verloren gingen. Anlässlich der aktuellen Krisenlage ist die

Reduzierung der Heeres-Infrastruktur nicht nachvollziehbar. Auch im Land Oberösterreich könnten wichtige Aufgaben bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation als Assistenzleistung vom Bundesheer übernommen werden. Es ist dringend erforderlich, die Strukturreform ÖBH 2018 sofort auszusetzen und die Lage auf Grund der geänderten Rahmenbedingungen neu zu beurteilen.

Der Sicherheitsausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf zu drängen, dass

- 1. die Umsetzung des Bundesheer-Strukturpakets 2018 des scheidenden Verteidigungsministers und die damit verbundene Auflösung von Verbänden und Einheiten sowie der Verkauf von Gerät- und Liegenschaften ausgesetzt und nochmals mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen bei der Grenzsicherung, dem Transport und der Versorgung von Menschen, die nach Österreich drängen, überdacht wird, und**
- 2. mehr Investitionen für die zeitgemäße Ausstattung und Ausbildung getätigt werden, damit unser Bundesheer den Schutz unserer Grenzen und die Sicherung des Friedens im In- und unmittelbaren Ausland bestmöglich erfüllen kann.**

Linz, am 11. Februar 2016

Nerat
Obmann

Gruber
Berichterstatter